

So planten die Nazis eine Europäische Union

[22. März 2019](#)



Die Schweizer [ExpressZeitung](#) berichtet: Wenn man die Prämisse akzeptiert, Adolf Hitler und seine NSDAP wären geschichtlich einzigartige Monster gewesen, die mit zuvor nie dagewesener Machtgier und Mordlust das unschuldige und pazifistische Resteuropa überfielen, muss man als gleichzeitiger Befürworter der Europäischen Union doch ins Gräbeln geraten:

Denn ein gewisser ideologischer Konflikt lässt sich als simultaner Nazi-Gegner und EU-Fan nicht vermeiden, wenn man davon erfährt, dass die Nationalsozialisten strategische Pläne zur Vereinigung Europas hegten, die eine erstaunliche Ähnlichkeit sowohl zu den Ideen der Gründerväter der Staatengemeinschaft als auch zur heutigen politischen Struktur der EU aufwiesen.

Eigentlich sollte dies nicht überraschen, denn akzeptiert man die Prämisse, Hitler habe bedingungslos nach maximaler Macht gestrebt, was hätte näher gelegen, als ein grosses europäisches Reich unter der Kontrolle der NSDAP zu errichten?

Die Tatsache, dass die Europäische Union in ihrer heutigen Form in etwa das darstellt, was Hitler sogar laut dem mantrahaft wiederholten Mainstream-Narrativ auch wollte – also ein riesiges Reich unter der Kontrolle von wenigen, demokratisch nicht legitimierten Anführern – müsste bei den EU- Begeisterten doch eigentlich für Verwirrung sorgen?

Ist die EU nicht genau die Erfüllung der Ziele, für die die Nationalsozialisten im Geschichtsunterricht gegeißelt werden? D.h. die Unterwerfung Europas unter ein einziges Regime – allerdings nichts durch Eroberung, sondern im Falle der EU durch Diplomatie.

Nachfolgend sollen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vier Quellen genannt werden, die aufzeigen, dass die Nationalsozialisten eine Vereinigung Europas unter ihrer Herrschaft ersannen:

1. Die Grundzüge zu einer Europäischen Union der Nazis wurden bereits vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs geplant. Zusammengefasst wurden die Pläne in einer Aufsatzsammlung, die Reichswirtschaftsminister Walther Funk 1942 herausgegeben hat, Titel: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Dort heißt es:

„Auf dem Europa-Kongress in Rom vom 14. bis 20. November 1932 entwickelte Alfred Rosenberg zum ersten Male vor einem internationalen Forum in einer großartigen Schau die Gedanken, die uns seither bewegen.“

In verschiedenen Aufsätzen legten Nationalsozialisten in der Aufsatzsammlung dar, wie sie sich diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (199) vorstellten: Eine Zollunion, ein gemeinsames Währungssystem („Währungsblock“), in dem eine Angleichung der Wechselkurse angestrebt wird, also wie im „Europäischen Währungssystem“ (EWS), das dem Euro vorausging, und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Der ehemalige Berater von Margaret Thatcher, Christopher Story, fasst die Zielrichtung der Aufsätze in seinem Buch „The European Collective“ so zusammen:

„Die politischen Themen, die in diesem Nazi-Kompendium angesprochen werden, sind zum größten Teil dieselben wie die im Maastricht-Vertrag des Europäischen-Unions-Kollektivs und ihrer Nachfolger.“

Was überrascht: Walther Funks Pläne für eine Europäische Union in „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ klingen an vielen Stellen ähnlich marktwirtschaftlich, wie die der EU- Pioniere Anfang der 50er-Jahre. So schrieb er z.B.:

„Im übrigen findet die Unternehmerinitiative keine Einschränkung. So sehr die komplizierte Wirtschaft unseres Jahrhunderts der staatlichen Lenkung bedarf, vermag sie doch nicht Antriebskräfte der Unternehmerinitiative zu entbehren.“

Also genau wie die Vordenker der EU forderte der Reichswirtschaftsminister erstmal eine relativ freie Marktwirtschaft – allerdings mit einer gewissen „staatlichen Lenkung“. Es ist anzunehmen, dass sich diese Art der wirtschaftlichen Lenkung Europas früher oder später zu einem ähnlich regulierungswütigen und unfreiheitlichen Regierungskonstrukt entwickelt hätte wie die heutige EU.

Dass die nationalsozialistischen Strategen freien Handel einschränken wollten, geht aus dem Dokument klar hervor. Bei Walther Funk klingt das so:

„Um einen das Thema zusammenfassenden Satz zu prägen, möchte ich sagen: Das wirtschaftliche Gesicht des neuen Europa, so wie es sich im Feuer dieses Weltkrieges formt, wird zwei wesensbestimmende Züge tragen: Gemeinschaftsarbeit und Wirtschaftsfreiheit, freilich nicht jene Wirtschaftsfreiheit, die im Kapitalismus verkörpert ist und in dem seltsamen Bündnis zwischen Plutokratie und Bolschewismus ihrem Ende entgegengeht. Das Freiheitsideal der liberalistisch- kapitalistischen Wirtschaft ist den Völkern Europas einstmals als große Verheißung aufgegangen. Heute versinkt es in Elend, Blut und Trümmern.

Was versprach nicht alles der liberalistische Freiheitsgedanke? Nach der liberalistischen Wirtschaftstheorie entfaltet sich das Wirtschaftsleben dann am vollkommensten, wenn die einzelnen wirtschaftenden Individuen ihren Eigennutz ungehemmt verfolgen. Der Staat kann die harmonische Entwicklung der Volkswirtschaft dem freien Wettbewerb überlassen, durch den der Eigennutz jedes einzelnen schließlich der Gesamtheit nützen soll [...] Soweit die Theorie! [...] Wenn wir uns allerdings heute rückschauend die wirtschaftlichen Verhältnisse vor Beginn des ersten Weltkrieges vergegenwärtigen, erscheint uns diese vermeintliche Harmonie, im Ganzen genommen, doch als nichts weiter als eine ausreichende Ellenbogenfreiheit derjenigen Kräfte, die ihrer Natur nach gegeneinander gerichtet waren [...]

Bei allen Völkern, mochten sie zu den Favoriten oder den Stiefkindern der liberalistischen Wirtschaftsordnung gehören, zeigten sich die Auswirkungen des Laissez-faire- Systems und insbesondere des Freihandelsprinzips in schweren innerwirtschaftlichen Schäden. Die Krankheitssymptome waren überall die gleichen ([Der Euro zerstört Europa und unseren Wohlstand! \(Videos\)](#)).

Eine dünne Oberschicht von Bankiers, Industriellen und Spekulanten konnte einen ungeheuren Reichtum zusammenraffen und sich damit eine gefährliche überstaatliche Macht verschaffen, denn für Geld konnte man alles kaufen, insbesondere auch die öffentliche Meinung. Das in den Hochkapitalismus hineingewachsene liberalistische System verlor zudem noch durch Kartellierung, Vertrustung, Monopolbildung und steigende fixe Kosten der Industrie die notwendige Elastizität.

In der Sicherung der Nahrungs- und Rohstoffgrundlagen, in der Befreiung der Wirtschaft von internationalen Finanzinteressen und Konjunkturabhängigkeiten sowie in der freiwilligen Unterordnung des Einzelnen unter das Primat der Volksgemeinschaft erblicken wir heute das neue Ideal einer wahren Wirtschaftsfreiheit.

Die autoritären Regierungen Deutschlands und Italiens gaben als Erste ihren Völkern den Auftrag, alle Kräfte in freiwilliger Zusammenarbeit unter staatlicher Direktive für das Gemeinwohl einzusetzen. Sie schützten ihre Wirtschaft auch als Erste vor der Ausbeutung durch internationale Finanzmächte.“

Statt freier Marktwirtschaft mit wenig staatlichen Eingriffen schwebte Funk eine gelenkte Wirtschaft vor. Zwar nicht so extrem wie im Kommunismus durch die vollständige Vergemeinschaftung der Produktionsmittel, aber mit einer klaren Tendenz, sich langfristig in dieselbe Richtung zu entwickeln. Funk weiter:

„Der europäische Wirtschaftsraum der Zukunft ist blockadefest. Der Großraumgedanke hat allerdings, kaum, dass er ernsthaft zur Diskussion gestellt war, eine gewisse Diskriminierung erfahren. Trotzdem wird die europäische Wirtschaftseinheit kommen, denn ihre Zeit ist da. Alle Rohstoffe, alle Kräfte und Energien der Wirtschaft müssen in Europa mobilisiert werden. Das ist die Aufgabe der neuen Wirtschaftsordnung, die jetzt heranwächst. Sie kann selbstverständlich nicht von heute auf morgen ihre beste Form finden.

Aber im Laufe der Jahre wird es möglich sein, Produktion und Bedarf im gesamten europäischen Raum weitgehend aufeinander abzustimmen, um dann planmäßig die zweckmäßigsten Ergänzungsmöglichkeiten zu verwirklichen [...] Jene Teile Europas, die bisher noch rückständig sind, müssen zu intensiver Wirtschaft veranlasst werden [...] Wohl aber wird er als Großraumhandel alle Vorzüge einer staatlichen Marktsteuerung genießen. Das Wort Arbeitslosigkeit wird im europäischen Wirtschaftslexikon nicht mehr zu finden sein.“

Diese Textstelle aus der Feder des Reichswirtschaftsministers könnte mit Ausnahme des Kriegsbezugs direkt aus dem Mund vieler EU-Politiker stammen:

„Der Wille zur europäischen Gemeinschaftsarbeit, so wie er jetzt unter dem harten Druck der Kriegsverhältnisse geprägt wird, muss der Leitgedanke der herrschenden Wirtschaftsgesinnung auch in der Friedenszeit sein. [...] Das bedeutet ein ständiges Bemühen, die großen Zielsetzungen und die kommenden Aufgaben zu verstehen und sich darauf einzustellen. Das bedeutet aber auch die Bereitschaft, die eigenen Interessen im gegebenen Falle denen der europäischen Gemeinschaft unterzuordnen; und das ist das höchste Ziel, das wir von den europäischen Staaten verlangen, das wir erstreben. Das mag im Einzelfalle Opfer bedeuten, im Gesamtergebnis werden aber alle Völker davon Nutzen haben [...]

Eine solche Wirtschaftsgesinnung verlangt ein soziales Gewissen; und soziales Verantwortungsbewusstsein ist es auch, das die Völker Europas in ihren Staatsführungen bei der Verwirklichung der neuen Wirtschaftsordnung verlangen müssen und können. Die neue europäische Wirtschaft wird die Erfüllung ihrer sozialen Verpflichtungen als ihre vornehmste Aufgabe zu betrachten haben.“

2. Auch aus den Archiven der Nürnberger Prozesse gegen das Chiemerkartell IG Farben gehen die Intentionen zur Schaffung einer europäischen Staatengemeinschaft hervor: Ein Aktenvermerk der Reichskanzlei für Reichsminister Hans Heinrich Lammers vom 9. Juli 1940, der auf Ausführungen von SS-Oberführer Gustav Schlotterer und Carl-Zeiss-Manager Karl Albrecht basierte, enthielt Pläne für eine „wirtschaftliche Neuordnung Europas“.

Sogar eine Währungsunion wurde darin diskutiert: „Vielleicht werden Goldwährungen wieder möglich sein, vielleicht aber auch eine Währungsunion nötig sein.“ Außerdem wurde eine europäische Industriepolitik und ein „Großwirtschaftsraum Europa“ ohne Zölle vorgeschlagen ([Gestern noch Verschwörungstheorie – heute schon Mainstream: Europäische Union schon immer CIA-Projekt \(Videos\)](#)).

Außenminister Joachim von Ribbentrop empfahl laut den Nürnberger Archiven am 21. März 1943, einen „Europäischen Staatenbund“ zu gründen:

„Zunächst kämen als Staaten in Betracht: Deutschland, Italien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Finnland, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien, Griechenland und Spanien (?).“

Punkt 7 von Ribbentrops Plan führt aus:

„Es würde in beiden Ländern (Anm.: England und USA), besonders aber in Amerika, der Propaganda gegen Deutschland die besten Argumente aus der Hand geschlagen. Den Oppositionsgruppen würden Parolen an die Hand gegeben wie: ‚Was in Nordamerika geschehen ist, nämlich der Zusammenschluss der Vereinigten Staaten von Amerika, kann man Europa nicht verwehren.‘“

Der Bezug auf Amerika zeigt deutlich, dass Ribbentrop laut den Archiven nichts anderes als „Vereinigte Staaten von Europa“ forderte – ohne diese Terminologie zu benutzen. Gemäss der Dokumente entwarf Ribbentrop am 05.04.1943 im Führerhauptquartier bereits eine Gründungsurkunde ([Hauptweg zu den Vereinigten Staaten von Europa: Das erklärte Kriegsziel ist Deutschland!](#)).

Auszüge:

„2. Die Glieder des ‚Europäischen Staatenbundes‘ sind souveräne Staaten und garantieren sich gegenseitig ihre Freiheit und politische Unabhängigkeit. Die Gestaltung ihrer innerstaatlichen Verhältnisse bleibt ihrer souveränen Entschliebung überlassen.“

Ribbentrop bleibt in diesem Punkt hinter den aktuellen Plänen unserer Herren Demokraten zurück, die die politische Unabhängigkeit der Nationalstaaten in der EU immer weiter auflösen. Ribbentrop weiter:

„3. Die im ‚Europäischen Staatenbund‘ vereinigten Nationen werden die Interessen Europas nach jeder Richtung gemeinsam wahren und den europäischen Kontinent gegen äußere Feinde verteidigen.

5. Die europäische Wirtschaft wird von den Mitgliedern des Staatenbundes nach gemeinsamer und einheitlicher Planung gestaltet. Die Zollschranken zwischen ihnen sollen fortschreitend beseitigt werden.

8. Alle Einzelheiten der Organisierung des ‚Europäischen Staatenbundes‘ werden in einer Bundesakte festgelegt werden, zu deren Beratung Bevollmächtigte aller beteiligten Regierungen nach Beendigung des Krieges zusammentreten werden.“

Kann man diese „Bundesakte“ nicht mit dem EU-Lissabonvertrag vergleichen, der die rechtliche Grundlage für die EU schuf, um sich in nahezu jeden politischen Bereich ihrer Mitgliedsstaaten einzumischen?

3. Joseph Goebbels hielt am 11. September 1940 eine Rede vor tschechischen Journalisten und Intellektuellen über „Das kommende Europa“. Darin erklärte er:

„In dem Augenblick, in dem die englische Macht zu Boden stürzt, ist uns die Möglichkeit gegeben, Europa neu zu organisieren, und zwar nach Gesichtspunkten, die den sozialen, wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts entsprechen. Unser deutsches Reich hat vor etwa 100 Jahren einen ähnlichen Prozess durchgemacht. Es ist damals genauso in viele Teile, größere und kleinere, zerspalten gewesen, wie das heute mit Europa der Fall ist. Diese Kleinstaaterei war so lange erträglich, als die technischen Hilfsmittel, vor allem die Verkehrsmittel, noch nicht so weit ausgebaut waren, dass der Übertritt von einem kleinen Land ins andere eine zu kurze Zeit beansprucht hätte [...]

Ich bin überzeugt, in 50 Jahren wird man nicht mehr nur in Ländern denken – viele unserer heutigen Probleme sind dann vollkommen verblasst und es wird nicht mehr viel von ihnen übrig sein; man wird dann auch in Kontinenten denken und ganz andere, vielleicht viel größere Probleme werden auch das europäische Denken erfüllen und bewegen.“

Na, wie klingt das? Den Verweis von Goebbels auf die ach so furchtbare Kleinstaaterei findet man unentwegt in Reden der EU-Politiker. In Wirklichkeit war die Zeit der „Kleinstaaterei“ im 18. und 19. Jahrhundert, als z.B. das heutige Gebiet der BRD aus hunderten Grafschaften, Fürstentümern, Herzogtümern usw. bestand sehr segensreich für die Bevölkerung. Die Steuern waren niedrig – deutlich unter 10 Prozent – und Kultur sowie Wirtschaft blühten. (408) Auch heute sind es die kleinen Länder wie die Schweiz, Liechtenstein, Singapur oder Monaco, in denen es den Menschen am besten geht – weil dort die Staatseingriffe gering und die Steuern niedrig sind.

4. Die Blaupause für die Konstruktion der EU-Kommission lieferte wahrscheinlich Arno Sölter. Er war Leiter des nationalsozialistischen „Zentralforschungsinstitutes für nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft“. In seinem Buch „Das Großraumkartell. Ein Instrument der industriellen Marktordnung im neuen Europa“ von 1941 beschreibt er praktisch die Grundlagen der EU. Das „Großraumkartell“ weist hinsichtlich seiner Struktur auffällige Ähnlichkeit mit der EU-Kommission auf ([EU: Angriff auf unsere Freiheit – „Europa noch nie in so großer Gefahr“](#)).

Das „zentrale Kartellbüro“ hat unter anderem folgende Aufgaben:

„Das Aufrechterhalten engen Kontaktes mit den höchsten Körperschaften, zum Beispiel für Wirtschafts- und Handelspolitik, Preispolitik, Verbrauchsgüterpolitik etc. und für die Koordination mit diesen Körperschaften, deren sachbezogenen Entscheidungen und deren fundamentale Anweisungen an untergeordnete Institutionen. Grundsätzliche Marktregulierungsprinzipien für den europäischen Großraum müssten aufgezeigt werden. [...] Auch in der Wirtschaftsökonomie muss es Kooperationen mit nicht deutschen Ländern geben, um in der Lage zu sein, feste Marktregulierungen (einschließlich zwischenbetrieblicher Vergleiche) vorzubereiten.

Ein Modellplan der Organisation eines ‚Großraumkartells‘ müsste entworfen werden, zusammen mit einem klaren und einfachen Modell eines Gesellschaftsvertrages. Das Zentralkartellbüro müsste die Veröffentlichung eines Journals mit dem Titel ‚Das Großraumkartell‘ einrichten, welches alle Entscheidungen der höchsten Behörde bzgl. aller fundamentaler Fragen der europäischen Marktregulierung, Direktiven und vergleichbarer Sachverhalte publizieren würde.“

Das Wort „Kartell“ hat heute einen negativen Beigeschmack, Sölter meinte damit eben eine „höchste(n) Behörde“, also ein bürokratisches Entscheidungsorgan wie die Europäische Kommission heute. Sölter war später als Experte innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gefragt. Unter dem Titel „Vertriebsbindungen im gemeinsamen Markt unter wirtschaftlichen und EWG-kartellrechtlichen Aspekten“ publizierte er in Ausgabe 4/1962 der regelmäßig erscheinenden Kartellrundschau des Carl Heymann Verlags seine alten und neuen Kartellkonzepte.

Was den Völkern Europas geblüht hätte, wenn die Nationalsozialisten ihre Pläne verwirklicht hätten, ist unmöglich genau einzuschätzen. Sicherlich nichts Gutes. Jedoch ist man als unbefangener Betrachter an der ein oder anderen Stelle überrascht, dass manche Ideen der Nazis für die Vereinigung Europas sogar weniger totalitär klingen als das, was die Anführer des modernen EU-Superstaats teilweise so zum besten geben – und das sollte doch zu denken geben ([“Geheimvertrag” von Aachen: Der Anfang vom Ende der EU?](#)).

Leisten auch Sie Ihren Beitrag für mehr Aufklärung und [abonnieren Sie die ExpressZeitung](#) und empfehlen Sie uns weiter!



https://www.youtube.com/watch?v=9_4f8P32pSw



https://www.youtube.com/watch?v=52e7W_BenM8